

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz im
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Wichtig an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgung der Druckerei, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Anzeigenschrift 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörnberg, Bretnig, Handswalde, Dorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Freieisdorf, Lehmannsdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 218

Mittwoch, den 18. September 1929

81. Jahrgang

Das Wichtigste

Wie Berliner Blätter berichten, hat Reichkanzler Müller die Absicht, zu Beginn der Reichstagsarbeiten nach Berlin zurückzukehren.

Wie aus Jerusalem gemeldet wird, ist die Lage in Palästina zurzeit wieder sehr gespannt. Es verlautet, daß die Araber für Mittwoch nacht einen Angriff auf die Juden planen.

Am 3. Oktober soll in Berlin eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder stattfinden, auf der Bericht über die Haager Konferenz erstattet werden wird.

Trübe Aussichten.

Der Reichsrat hat in seiner Diensttagssitzung ein felfames Ergebnis seiner Beratungen gehabt. Mit 32 gegen 31 Stimmen bei zwei Enthaltungen wurde nach langer Debatte der von der Reichsregierung und der Preussischen Regierung vorgelegte Kompromißvorschlag über die Reform der Arbeitslosenversicherung angenommen. Das durch dieses Kompromiß ergänzte Hauptgesetz fand in der Schlußabstimmung mit 42 gegen 21 Stimmen Annahme.

Das Ergebnis der Reichsratsitzung befriedigt niemand. Es zeigt nur, daß die seit Monaten sich hinschleppende Krise eine neue Verschärfung erfahren hat, und daß die Unsicherheit der Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung größer denn je ist. — Das Reichstabinett beschäftigte sich am Dienstag mit dem Ergebnis im Reichsrat, danach werden sich auch die Parteiführer vom Reichsfinanzminister über den Stand der Sozialreform unterrichten lassen. In dieser Besprechung der Parteiführer wird sich schon herausstellen, ob die Regierung überhaupt die Möglichkeit hat, das Kompromiß über die Abänderung der Arbeitslosenversicherung, so wie es vom Reichsrat mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde, im Reichstag durchzusetzen. Das Kompromiß, das eine Neuregelung der Staffellungen der Leistungen mit Beschränkungen für unverheiratete Arbeiter, eine allgemeine Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent und eine Erhöhung der Beiträge für Bauarbeiter und andere hochbezahlte Saisonberufe mit 1 1/2 Prozent vorsieht, stößt überall auf den schärfsten Widerspruch der Regierungsparteien. Die Erhöhung der Beiträge wird von der Deutschen Volkspartei unbedingt abgelehnt. Auch das vom Reichsrat geschaffene Kompromiß beeinflusst die Haltung der Volkspartei nicht. Nach wie vor wird sie dieser Lösung der Sozialreform ihre Zustimmung versagen. Aber auch die Sozialdemokratische Partei auf der anderen Seite kann dieses Kompromiß nicht tragen. Bezeichnend für die Haltung der Sozialdemokratie ist ein schon vor der Entscheidung im Reichsrat von dem Führer der Freien Gewerkschaften Aufhäuser veröffentlichter Artikel. Aufhäuser bezeichnet die neuen Vorschläge als unannehmbar. Die Friedensvorschläge des Reichsrats kämen, so erklärt er, einer Kapitulation der Sozialdemokratie gleich. Die Sozialdemokraten würden durch dieses Kompromiß bei ihren eigenen Anhängern in Mißkredit gebracht werden, und das dürfe und werde nicht geschehen, denn die Gesamtheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehe unverrückbar. Die Sozialdemokraten werden also, sofern das vom Reichsrat beschlossene Kompromiß vor den Reichstag kommt, sich ablehnend verhalten. Danach können wir uns schon jetzt berechnen, wie die Abstimmung über das Arbeitslosen-Kompromiß im Plenum des Reichstags ausfallen wird. Eine Mehrheit für das Kompromiß der Regierung wird sich kaum finden lassen. Damit würden sich große Schwierigkeiten einstellen, denn das Kompromißgesetz würde, wenn etwa im Reichstag wieder Veränderungen an ihm vorgenommen würden, wieder an den Reichsrat zurückgehen, und der würde sicherlich dem veränderten Gesetz seine Zustimmung nicht geben, zumal der Reichsrat ja nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit das Kompromiß gebilligt hat. Diese eine Mehrheitsstimme wurde auch nur dadurch erreicht, daß man dem Landespräsidenten von Lippe ein besonderes Zugeständnis für die Unterstützung von 12.000 Wanderarbeitern in Lippe machte. Erst nach Bewilligung dieser Zusicherung durch das Reichsarbeitsministerium hat der Vertreter von Lippe für das Gesetz gestimmt, das sonst mit Stimmengleichheit auch im Reichsrat abgelehnt worden wäre.

Die Lage ist also überaus kritisch; die Reichsregierung hat einen schweren Stoß erfahren, wie ja auch der preussische Staatssekretär Weißmann im Reichsrat bereits zugegeben hat. Denn was geschieht, wenn das Kompromißgesetz über die Sozialreform im Reichstage keine Mehrheit findet? Der „Vorwärts“ selbst weist diese Gefahren sehr deutlich auf. In sozialdemokratischen Kreisen ist man sich völlig darüber klar, daß die jetzige Regierungskoalition an der Arbeitslosenversicherungsreform sehr leicht scheitern kann. Die Sozialdemokraten haben die Grenze dessen, was sie in der Sozialreform zugehen konnten, erreicht. Wenn auch ihre letzten Forderungen zur Sozialreform im Reichstag abgelehnt werden,

Französische Winkelzüge gegen die Rheinland-Räumung

Die Rheinlandkommission fiedelt nach Wiesbaden über

Ablehnende Antwort Rußlands an Nanking — Japan und die Abrüstung zur See

Nach französischer Mitteilung hat die interalliierte Kommission für die besetzten Gebiete jetzt offiziell beschlossen, ihren Sitz von Koblenz nach Wiesbaden zu verlegen. Aber nicht nur die Dienststellen der Kommission werden sich in den schönen Bäderstädten einnisten, sondern es werden auch noch einige Truppenbestände zum „Schutze“ der Rheinlandkommission nach Wiesbaden gehen.

Die Stadt Wiesbaden wird sich bedanken für diese neuen Gäste. Man erinnert sich dort der schrecklichen Zeit, als die Franzosen als Besatzung in Wiesbaden lagen. Es war eine Zeit der Schikane und maßloser Unterdrückung. Dann kamen die Engländer, man atmete auf in Wiesbaden. Und nur werden wieder die Franzosen sich breitmachen. — Der Beschluß der Interalliierten Kommission hat in der gefamter deutschen Presse Empörung hervorgerufen. Die „Berliner Morgenpost“ erklärt, daß

die Ueberföhlung der Rheinlandkommission dem Sinne der Haager Vereinbarung widerspreche,

Städte in der dritten Zone, die von den Engländern geräumt werden, mit französischen Truppen zu besetzen. Die „D. A. Z.“ wendet sich scharf gegen den sogenannten „Schutz“ für die Kommission und fragt sehr richtig, ob dieser Schutz denn notwendig sei. Im Interesse der Befriedung wäre es besser gewesen, wenn Wiesbaden nicht den Abzug der Engländer mit neuer Franzosenbesatzung bezahlen müßte

Ablehnende Antwort Rußlands an Nanking

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Moskau wurde der deutschen Botschaft am Dienstag die Antwort der Sowjetregierung auf die Erklärung der Nankingregierung vom 9. September sowie auf den weiteren Vorschlag der Nankingregierung vom 13. September betreffs der Ernennung nur eines Vizeleiters an der ostchinesischen Bahn zur Weiterleitung an die chinesische Regierung übergeben. Zum Schluß der Note heißt es: Indem die Nankingregierung die Grundbedingung der Unterzeichnung der Deklaration und der Führung von Verhandlungen abgelehnt hat, ist die Frage eines Verhandlungsartikels gegenstandslos geworden und die Verantwortung für die weitere Entwicklung des Konfliktes fällt voll und ganz der Nankingregierung zu.

Japan und die Abrüstung zur See

Der Außenminister empfing am Dienstag den englischen Botschafter und den amerikanischen Geschäftsträger zu einer Besprechung über die Frage des Anschlusses Japans an die englisch-amerikanische Marinerverständigung. — Weiter gab der Marineminister eine zweite Erklärung über die Stellungnahme Japans zur englisch-amerikanischen Marinerverständigung ab. Er betonte, daß Japan gern der Verständigung beitreten würde, wenn die beiden Mächte gewisse Zugeständnisse an Japan machten. Man erwartet, daß die Verhandlungen zwischen Japan und England einerseits und Japan und Amerika andererseits noch im Laufe dieser Woche eröffnet werden.

Japans Bedingungen für die Flottenabrüstung

1. Japan stellt den Bau von großen Kriegsschiffen bis zum Jahre 1936 ein.
2. Japan verhandelt mit England und den Vereinigten Staaten über die Verringerung des Baues von Kreuzern erster Klasse.
3. Japan vermindert den Bestand von Zerstörern von 170.000 auf 105.000 Tonnen, wenn die Vereinigten Staaten und England sich bereiterklären, ihren Zerstörerbestand bis auf 150.000 Tonnen herabzusetzen.
4. Japan lehnt die Abschaffung der U-Boote ab, da sie für Japan zum Schutz seiner Küsten besonders wichtig sind.

Diese Erklärung des japanischen Marineministers hat in japanischen Kreisen großes Aufsehen erregt.

„Graf Zeppelin“ über den befreiten rheinischen Städten.

Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag früh 4,12 Uhr mit 22 Passagieren an Bord zur Fahrt nach Hamburg aufgestiegen.

Die Teilnehmer an der Hamburg-Fahrt des „Graf Zeppelin“, darunter Frau C. E. n. e. r. und Frau L. e. h. m. a. n. n., fanden sich gegen 4 Uhr in der hellerleuchteten Luftschiffhalle

ein, durch deren geöffnete Tore ein herblich kühlere Luftzug wehte. Das Luftschiff war schon klar zur Abfahrt. Im Navigationsraum der Gondel hing ein riesiger Vorbeertanz, der über dem Dampfer „New York“ abgeworfen werden sollte und auf dessen Schleißen in den Zeppeinfarben die Widmung „Unserem Edener“ zu lesen ist. Nachdem das Luftschiff in aller Ruhe ausgewogen war, brachten es die Haltemannschaften einige Minuten nach 4 Uhr mit dem Heck voraus durch das Westtor aus der Halle. Alles klappte wie immer tadellos. Nach dem Verlassen der Halle wurde der „Graf Zeppelin“ mit der Spitze nach Nordosten in die Windrichtung eingeschwenkt. Um 4 Uhr 11 Min. war das Schiff in der richtigen Lage. Die Motoren wurden angelassen, und eine Minute danach erfolgte, wie gemeldet, der glatt verlaufene Aufstieg. Bald waren nur noch die Lichter des davonziehenden Schiffes zu erkennen. Entgegen allen Erwartungen verließ der „Graf Zeppelin“ diesmal nicht sofort den Bodensee, sondern umkreiste schon in ziemlicher Höhe noch einmal das schlafende Friedrichshafen.

Sirenengeheul und Glockengeläute.

Das Luftschiff berührte um 6 Uhr 8 Min. aus östlicher Richtung kommend die badische Hauptstadt Karlsruhe und erschien um 6,35 über Neustadt a. d. Hardt. Groß war der Jubel der Bevölkerung, als um 8,50 das Luftschiff aus der Richtung Stolberg kommend über Aachen kreifte. Die Straßen, Dächer und Fenster waren mit Menschen überfüllt, die dem Luftschiff jubelnd zuwinkten. Gegen 9 Uhr wurde Düren überflogen, begrüßt von dem Geläute der Glocken, dem Geheul der Sirenen und dem Jubel der Bevölkerung. Das Luftschiff zog in etwa 200 Meter Höhe eine Schleife über der Stadt und verschwand dann ungefähr zehn Minuten später in Richtung Jülich, wo es kurze Zeit später eintraf. Der Empfang des „Graf Zeppelin“ in Jülich war um so herzlicher, als der Besuch des Luftriesen als Krönung der großen Freude über den

Abzug der ersten belgischen Besatzungstruppen aus Jülich empfunden wurde. Das Luftschiff zog in glatter Fahrt über die Stadt und verschwand dann in Richtung Erkelenz. Gegen Mittag wurde „Graf Zeppelin“ in Cleve gesichtet, überflog Dsnabrück mit Richtung Bremen.

Nach einem Schleißenflug über Bremen setzte das Luftschiff die Fahrt weiterabwärts fort und erreichte Oldenburg, von wo der Flug längs der Nordseeküste — Wilhelmshaven — Nordseebäder nach Hamburg fortgesetzt wurde.

Dr. Edeners Empfang in der Heimat.

Hamburg. Am Dienstag gegen 5,45 Uhr legte der Sagagdampfer „New York“, mit dem Dr. Edener aus Amerika heimgekehrt ist, unter dem Jubel von Hunderttausenden von Zuschauern am Pier in Cuxhaven an. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ war bereits eine halbe Stunde vor Ankunft des Dampfers über Cuxhaven getreuzt, von mehreren Flugzeugen begleitet. Die Dampfersirenen begrüßten das Luftschiff, das in mehreren Schleifen über dem Feuererschiff „Elbe I“ kreuzte, wo sich der Dampfer „New York“ mit Dr. Edener befand. Dr. Hugo Edener wurde an Bord des Schiffes von Dr. Leisler-Riep von der Hamburg-Amerika-Linie begrüßt. Viele Ehrengäste aus dem Reich waren zum Empfang erschienen; zahlreiche Pressevertreter und Filmoperatoren hatten sich eingefunden. Dr. Edener gab im Speisesaal des Dampfers eine kurze Erklärung ab, dahingehend, daß er sich freue, wieder auf deutschem Boden zu sein.

Leipzig-Mockau will den Zeppelinhafen für Deutschland haben.

Leipzig. Der Aufsichtsrat der Leipziger Luftschiffhafen- und Flugplatz A.-G. hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, bei dem Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen anzuregen, den Flugplatz Leipzig-Mockau bei der Suche nach einem geeigneten neuen Zeppelinhafen in Deutschland zu berücksichtigen.

so sind sie in die schwierige Lage manövriert, in der es nur zwei Entscheidungen gibt: entweder die Sozialdemokratie gibt nach, dann werden ihre Wähler von ihr abruken, oder aber sie lehnt ab, dann wird die Regierungskoalition auseinanderfallen.

Es entrollt sich vor uns ein Bild höchster politischer Unsicherheit. Die nächsten Wochen müssen die Entscheidung bringen. Eine Entscheidung, die nicht nur für den innenpolitischen, sondern auch für den außenpolitischen Kurs von größter Bedeutung sein wird.